

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Wien oder bei direktem Postbestellung ohne Postgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Schriftband 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitung für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Jahreslohn bei halbjährlicher Abrechnung oder beim Kauf von 120 M., Wertamtlohn das entsprechende Wert 20 Pf., jedes weitere Wert 25 Pf., Zeitungszahlung 10 Pf. Bei Familien- u. Versammlungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Inverehrten für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Allgemeiner Verteherstreit in England

Die Ausdehnung des Streiks.

Nach der ablehnenden Antwort der englischen Regierung, an die Eisenbahner blieb diesen kein anderes Mittel als die Niederlegung der Arbeit übrig. Die Regierung hat zwar ein „Angebot“ gemacht, in Wirklichkeit enthielt es aber nicht das mindeste Zugeständnis. Die Löhne sollen nicht ausbezahlt werden, die Eisenbahner wurden lediglich damit betrauscht, daß die Preise der Lebensmittel sich in der nächsten Zeit dem normalen Stande nähern würden. Die Teuerung aller Lebensbedürfnisse macht sich auch in England in schärfer Weise bemerkbar: die Preise sind gegenüber der Zeit vor dem Kriege durchschnittlich auf mehr als das Doppelte gestiegen. Die Löhne sind zwar auch in die Höhe gegangen, aber nicht im Entsprachen soweit, daß ein Ausgleich zwischen Teuerung und Einkommen herbeigeführt worden wäre, geschweige denn, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich im allgemeinen verbessert hätte. Es ist deshalb zu verstehen, daß die Eisenbahner sich auf das billige Versprechen der Regierung, daß die Preise der Lebensmittel sich wieder senken würden, nicht einlassen konnten.

Die englische Regierung, die es bisher verstanden hatte, durch Konzessionen an die Arbeiter den Ausbruch größerer Arbeitskämpfe zurückzuhalten, zeigt bei diesem Konflikt, daß auch sie trotz ihrer demokratischen Geberden nicht anders handelt, als jede andere kapitalistische Regierung. Sie plant, mit Gewaltmaßnahmen den Streik einzudämmen und zum Zusammenbruch bringen zu können. Man glaubt wohl reden zu hören, wenn man die Drohungen der englischen Regierung gegen die Streikenden vernimmt. Trotz dieser Drohungen ist der Streik ganz allgemein geworden, er hat den ganzen Verkehr Großbritanniens lahmgelegt und bringt das Land vor die Gefahr einer schweren wirtschaftlichen Krise. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik noch größeren Umfang annimmt und daß sich ihm noch andere Arbeiterkategorien anschließen, wenn die Regierung es nicht doch noch vorzuziehen sollte, den Eisenbahnern die notwendigen Zugeständnisse zu machen.

Ueber den Stand der Streikbewegung lagen am Sonntag folgende Meldungen vor:

HN, Haag, 28. September.

Aus London wird gemeldet: Der Nationalverband der Eisenbahner teilt mit, daß der protestierte Streik abgemeldet sein wird und sich alle Eisenbahnen in den Vereinigten Königreichen Englands erstrecken soll. Der Verband der Maschinen- und Heizer hat sich dem Aufstand bereits angeschlossen und wahrscheinlich werden sich auch die Angestellten der Posten beteiligen. Nur in Irland ist der Streik noch nicht verklundet. Die irischen Eisenbahner wollen erst Nachrichten aus London abwarten.

Das Abtransportmittelministerium hat bereits Donnerstag nach den Befehl zur Sicherstellung der Lebensmitteltransporte gegeben. Es wurde auch gleichzeitig eine allgemeine Rationierung der Lebensmittel und des Heizmaterials beschlossen. Bis jetzt steht die Haltung der Transportarbeiter noch nicht fest. Es besteht also noch immer die Möglichkeit, daß die Transporte mit Lastkraftwagen durchgeführt werden. Für diese Zwecke werden bereits freiwillige Arbeiter angeworben, denen im Notfalle militärische Bedienung zur Verfügung gestellt werden soll. Es ist sogar die Verwendung von Militär in Aussicht genommen. Alle Urlaube sind rückgängig gemacht und die Demobilisation eingestellt worden. Während der Abreise ist Feldmarschall Haig anwesend.

Der Führer der Eisenbahner Thomas berichtet über seine Unterredung mit Lloyd George: Ich habe alles getan, was möglich war, um zu einer Einigung zu gelangen. Lloyd George erklärte es aber für unmöglich, den Eisenbahnern ein ähnliches Gehalt zu bewilligen wie den Heizern und Maschinen. Unter diesen Umständen blieb uns keine andere Wahl. Wir mußten in den Streik eintreten.

Die britische Regierung rechtfertigt ebenfalls in einer Bekanntmachung ihre Haltung. Es heißt darin: Es konnte nicht fataler für England kommen als gerade dieser Streik. Das Land steht im Begriff, sich von der Erschöpfung des Krieges zu erholen und gerade wurden Befehle erteilt, um die Industrie wieder in Gang zu bringen, damit man an dem allgemeinen Weltmarkt teilnehmen kann. Jede Stilllegung des Verkehrs im gegenwärtigen Augenblick und verhängnisvollen Einfluß haben. Es ist daher kaum möglich, die große Wichtigkeit des Streiks noch zu übertreiben.

Die Behörden erklären nachdrücklich, daß der Streik vorläufig ausgebrochen sei und daß keine Ursachen vorlägen, die seinen Ausbruch jetzt rechtfertigen. Die Haltung der Regierung erfordert jetzt, nachdem die Dinge soweit fortgeschritten seien, daß mit allen Mitteln und allen Kräften gegen den Streik Stellung genommen werde. Es sei bereits eine große Abwehrorganisation bereitgestellt. Namentlich sei die Aufrechterhaltung der Lebensmitteltransporte gewährleistet. Man dürfe zwar hoffen, den Konflikt in Ruhe beilegen zu können, doch sei die Regierung für alle Fälle gerüstet. Überall würden Freiwillige von ihr ausreichenden Lohn erhalten. Es handele sich ja nicht um einen Streik einer Gesellschaft, sondern um einen Streik gegen die Allgemeinheit, und zwar um einen Streik, der unter Umständen ausgedehnt sei, die die Regierung nur als unredlich und unklar bezeichnen können. Deshalb stehe ihr das moralische Recht zu, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren.

Der Eisenbahnerstreik in den englischen Provinzen.

HN, Haag, 28. September.

Die Zahl der freitenden Eisenbahnarbeiter beläuft sich auf 165 000. Von den Eisenbahnstationen laufen Nachrichten ein, die besagen, daß in der Provinz in der Nacht zum 27. bereits überall die Arbeit auf den Eisenbahnstrecken ruhte. Aus London konnten am 27. morgens bereits gefüllte Züge nicht mehr abfahren.

Sympathieerklärung der französischen Eisenbahner.

Haag, 28. September.

Aus London wird gemeldet: Der französische Eisenbahnerverband hat seine Sympathie mit den streikenden englischen Kollegen bezeugt.

Die Zahl der Ausländigen.

Amsterdam, 28. September.

Ein hiesiges Pressebureau meldet aus London, daß die Zahl der Ausländigen auf 965 400 geschätzt wird. Von amerikanischen und französischen Arbeiterkreisen wurde Unterstützung versichert.

Roske und Reinhard.

Auch in den Armen liegen sich beide.

Berlin, 28. September.

M. Z. W. teilt mit: Am 19. September hat Oberst Reinhard dem Reichswehrminister folgende Erklärung abgegeben: „Ich schon mehrfach gemeldet habe, werde ich es weit von mir, irgendwelchen gegenrevolutionären Bestrebungen nahe zu stehen oder sie etwa selbst zu betreiben. Vielmehr bin ich nach besten Kräften bemüht, die letzte Regierung zu stützen und zu diesem Zwecke ihr zu helfen, Ordnung und Ruhe in Deutschland wiederherzustellen. In gleichem Sinne habe ich auch stets auf die mir unterstellten Truppen eingewirkt. Abgesehen davon, daß durch mein Verhalten gegenüber der Regierung während der Kämpfe der letzten Weltbeweise für meine Absicht, der Regierung ehelich dienen zu wollen, ersichtlich worden sind, habe ich meine lokale Haltung noch ausdrücklich durch die Verpflichtung bekräftigt, die ich bei meinem Eintritt in die Reichswehr auf mich genommen habe. Das Bedenke, daß ich in den nächsten Tagen auf Grund der neuen Verfassung ablegen werde, wird meine Treue zur Regierung erneut beweisen.“

Die mir zur Last gelegten Behauptungen über Mitglieder der Regierung sind, wenn sie gefallen sind, in einem anderen Form und in einer immerhin begrifflichen Erregung seiner Zeit gefallen und sind keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Es hat mir fern gelegen, der persönlichen Ehre einzelner Regierungsmitglieder zu nahe zu treten.“

Das Reichskabinett hat beschlossen, daß in Berücksichtigung der Verdienste des Obersten Reinhard von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit durch den Reichswehrminister Abstand zu nehmen ist.

Nur jemand einen anderen Ausgang dieser Angelegenheit erwartete? Roske und Reinhard, Reinhard und Roske: Sie gehören zusammen, sie bleiben beisammen. Oberst Reinhard wird weiter als „Gefährlich“, das sich Regierung nennt, den „Pump“ Erbacher und die „Judenfabrik“ bezeichnen, und die Regierung wird sich ganz die Dienste dieses Mannes auch künftig gefallen lassen. Die Regierung und dieser Reinhard sind einander wirklich wert!

Der Aufmarsch der Reaktion.

Als die ersten Nachrichten über das Treiben der deutschen Truppen in den baltischen Provinzen kamen, gab es nur wenige einsichtige Politiker in Deutschland, die damals logisch eine unmittelbare Gefahr für die deutsche Republik erkannten. Erst durch die Renommisterei reaktionärer Offiziere verbreitete sich die Kenntnis, daß dort oben an der russischen Ostsee ein Heer gesammelt werde, das bei Gelegenheit gegen die deutsche Republik zur Wiederaufrichtung der monarchistischen Herrschaft marschieren sollte.

Zunächst waren es Abenteuer, die man dorthin lockte mit falschen Versprechungen, mit Versprechungen, von denen man wußte, daß sie nie gehalten werden konnten. Arbeitslose und Arbeitschene folgten, angezogen von dem perspektivischen Landbesitz. Ueber das ganze Reich spannte sich das Netz des Werbendienstes, und unter dem Deckmantel des „Grenzschutzes Ost“, gegen eine nie vorhandene bolschewistische Invasionsgefahr, gegen angebliche polnische Eroberungsabsichten sammelte man dort ein Heer, das als Werkzeug der Gegenrevolution dienen sollte. Ein monarchistisches Offizierskorps zog große Massen gleichgesinnter reaktionärer und gegenrevolutionärer Offiziere nach sich. Mit Blindenführern und Kämpfern erkaufte man sich die Ergebenheit der Truppe. Blindenführer zogen die Truppen durch die von den Bolschewisten „befreiten“ Gebiete, verjagten die rechtmäßig gewählte Volksregierung Ostlands und versuchten, aus einigen letzten Strohmannern und baltischen Baronen eine reaktionäre Regierung zu bilden. Nur am Aufbegehren des Volkswillens und dem Einsprechen der Entente scheiterte ihr Plan. Man suchte nun neue Bundesgenossen. Es dauerte nicht lange, und die Verbindung mit den reaktionären Gewalten in England, mit Koltchal und Denikin war hergestellt. Der Plan ward großzügig. Es begann sich eine gemeinsame Front der deutschen und russischen Reaktionäre zu bilden, die unter dem Schein des Kampfes gegen den Bolschewismus eine Macht zusammenzog, mit der man aller revolutionären Bewegungen Herr zu werden hoffte.

Die deutsche Regierung, sowohl die Regierung Ebert-Scheidemann als die nachfolgenden Koalitionsregierungen, sahen diesem Treiben zu, ohne im geringsten dagegen einzukreischen. Vor dem Abbruch des Berliner Friedens hofften Herr Erzberger und seine Leute noch immer, daß man so ganz heimlich einige Teile der baltischen Provinzen noch werde einnehmen können. Deshalb zwang man gegen alle Notwendigkeit die deutschen Truppen, im Baltikum zu bleiben. Als überall im deutschen Volk die Erkenntnis über die Tendenz der dort entlehrenden reaktionären Kräfte durchgedrungen war, blieb die Regierung blind. Sie sah nicht oder wollte nicht sehen, welche Gefahr dort im Osten der jungen Republik drohte. Heute ist diese reaktionäre Macht bereits so groß, daß sie Befehle der deutschen Regierung nicht mehr fürchtet. Aber auch heute noch ruft diese Regierung sich nicht zu erheben. Auch heute noch ruft diese Regierung sich in strafbarer Fahrlässigkeit die Führer und Treiber der Gegenrevolution gemahnen und wird so an der Spitze teilhaftig, die deutsche Republik und ihre junge Freiheit in die Hände der Gegenrevolutionäre geliefert zu haben.

Nicht nur im Baltikum stehen deutsche Truppen, deren Abbeibereitung nur eine Scheinbeweise ist. Die Armee des Grafen von der Goltz hat sich nach den letzten Nachrichten auf hunderttausend Mann vermehrt. Diese Truppen verweigern der deutschen Regierung den Gehorsam, und Herr von der Goltz ruft stets neue Einwände und Ausflüchte, um der seit Monaten ausgesprochenen Abberufung nicht Folge leisten zu müssen. In Litauen hat sich eine zweite Armee gebildet, bestehend aus deutschen und russischen Truppen, unter dem Oberbefehl des Obersten Weimont. Auf's eifrigste werden die Anwerbungen für diese Armee noch heute in Deutschland betrieben. Noch immer bestehen Werbepostämter in allen arderen Städten Deutschlands, die deutsche Bürger als Soldaten für diese Armee verkaufen. Deutsche Soldaten in deutscher Uniform mit russischen Abzeichen und russischen Kolorden beloben täglich das Bild der deutschen Großstädte.

Die Hauptorte, um die diese Armee sich sammelt, sind Schaulen und Kuznauv. In ganz Ostpreußen wird

man von nichts anderem als von dieser großen, in Litauen
stehenden Armee. Auch über ihren Zweck herrscht nicht die
geringste Unklarheit. Unter dem Deckmantel des Kampfes
gegen die Bolschewiki und Polen und der Unterjochung der
Litauer sucht diese Armee allmählich die Verbindung mit den
von Litauen her anrückenden Truppen Denikins herzustellen.
Das Gebiet Weichrubeniens soll als Aufmarschgebiet für
diese Armee dienen. Die Pläne sind bereits
fertiggestellt und der Vormarsch Denikins
über Kiew hinaus ist der erste Schritt zur
Verwirklichung der großen reaktionären
Front im Osten. Die beiden Armeen besitzen eine ge-
meinsame Zentrale in Berlin. Der General
Wiskowski, der Vertrauensmann Kollschafs und Deni-
kins, weist zur Zeit in Berlin und hält von hier aus die
Verbindung zwischen den beiden operierenden Armeen aufrecht.
Er finanziert den Werbendienst, der sich über Deutschland aus-
dehnt, und unterstützt die in Litauen stehende deutsch-
russische Armee mit Geldern. Wahrscheinlich geht auch ein
großer Teil der durch die Entente gelieferten Munition und
des Waffenmaterials, sowie des Geldes durch seine Hände.
Die in Berlin weilende russische Militärmission,
über die an dieser Stelle bereits mehrfach berichtet wurde,
ist noch immer von der deutschen Regierung nicht beseitigt,
obwohl sie nicht das geringste Recht auf Anerkennung hat,
da weder die Entente noch die deutsche Regierung bisher
Kollschaf und Denikin als Regierungsinhaber in Russland
anerkannt haben. Der Vormarsch der deutsch-
russischen Armee aus Litauen nach Süden
wird in kürzester Zeit beginnen, wenn die
Verhandlungen mit den Polen beendet
sind. Da polnische Truppen den größten Teil Weich-
rubeniens zu Annerkennungszwecken unter dem Vorwande des
Kampfes gegen die Bolschewiki besetzt haben, wird eine
Vereinbarung mit den Polen notwendig, damit diese die
Vereinigung der beiden Armeen nicht hindern. Diese Ver-
handlungen sind bereits mit Hilfe der Entente eingeleitet
und Kollschaf soll sich damit einverstanden erklärt haben, den
Polen gewisse Entschädigungen in Litauen und Weich-
rubeniens zu gewähren, um sich auf diese Weise die Unter-
stützung der polnischen Truppen zu sichern.

Dah diese dort entstehende Front sich nicht etwa allein
gegen den Bolschewismus, sondern vielmehr gegen alle frei-
heitlichen Bestrebungen und revolutionären Errungenschaften
wendet, beweist das Vorgehen Denikins in der jetzt von
den Bolschewiki „befreiten“ Ukraine. Denikin denkt gar
nicht daran, die Volksregierung der Ukraine, die Regierung
Wetkura, die zur Zeit in Kamenez-Podolski ihren Sitz hat,
anzuerkennen. Er verweigert ebenfalls der Ukraine ihre
kulturelle Autonomie, führt die russische Sprache als einzige
Staatsprache in der Ukraine wieder ein, löst die ukraini-
schen Buchhandlungen behördlich auf, stellt die Presse
unter Zensur, so daß an Herausgabe ukrainischer Zeitungen
und Bücher nicht gedacht werden kann. Auf Veranlassung
des Kommandanten von Kiew, des Generals Dredow,
wurden alle ukrainischen Aushängeschilder entfernt und durch
russische ersetzt. Nach den letzten Nachrichten herrscht in Kiew
ein entsetzlicher Terror, wie ihn die Ukrainer bis-
her noch niemals auch nur entfernt erlebt haben. Die
Führer der Armee Denikin schänden noch ukrainischen
politischen Führern, nach Mitgliedern der früheren ukraini-
schen Zentralrada. Die ukrainische Intelligenz und Arbeiter-
schaft verläßt massenhaft Kiew. Die Dörfer in der Umgebung
von Kiew sind von ukrainischen Flüchtlingen überfüllt. Die
Nachrichten lassen auf deutliche erkennen, welche Gefahr
von dort her droht. Ist die Front vom Baltikum her bis in
die Ukraine erst einmal gebildet, so beginnt der Vormarsch
dieser reaktionären Kerntruppen nicht nur nach Osten, son-
dern auch nach Westen. Die reaktionäre Russlands
und Deutschlands haben ein Bündnis auf Leben und Tod ge-
schlossen, um die monarchistische Herrschaft in beiden Län-
dern wieder aufzurichten.

Die ehemals russischen Mandatstaaten, die jetzt ihre staat-
liche Selbständigkeit erlangt haben, haben die drohende Ge-
fahr erkannt und versuchen mit allen Mitteln, ihr Wider-
stand entgegenzusetzen. Sie werden aber namentlich von der
deutschen Seite in diesem Kampfe behindert. Die deutsche
Randschweizerpolitik in Russland ist typisch für die deutsche
Diktatorpolitik überhaupt. Auch gegenüber Litauen, Weich-
rubeniens und der Ukraine wird dieselbe Politik eingehalten.
Man spekuliert in Berlin offensichtlich auf die russische
monarchistische Gegenrevolution, die mit dem großrussischen
Zentralismus und Imperialismus untrennbar verknüpft ist.
Deshalb fördert man Kollschaf und Denikin nicht nur gegen
die Sowjetrepublik, sondern auch gegen die demokratischen
Mandatstaaten. Denn in erster Linie kommt es den Brand-
stiftern in Berlin darauf an, eine neue heilige Allianz der
deutsch-russischen Junkerschaft zu schaffen, die ihnen als
sicherste Basis für die Wiederherstellung der Monarchie er-
scheint.

Die deutsche Regierung wird sich vor der Geschichte nicht
von der Schuld reinigen können, diesen Aufmarsch der
Gegenrevolution gefördert und geduldet zu haben.

Ein Nachwort der Entente.

Paris, 27. September.

„Temps“ meldet: Der Rat der Vertreter der fünf Großmächte
hat heute vormittag beschlossen, durch Vermittlung Marshall
Foch der deutschen Regierung eine letzte Note zu über-
reichen, um die sofortige Räumung der baltischen Pro-
vinzen Litauen und Kurland durch die Truppen des
Generals v. d. Goltz zu verlangen. Wenn die deutsche Regierung
dieser letzten Aufforderung nicht Folge leistet, würden sofort
Maßnahmen getroffen werden, die besonders umfassen: 1. die
Einstellung jeder Nahrungsmittelzufuhr und
jeder Zufuhr von Rohmaterialien an Deutschland, 2. den
Abbruch aller Verhandlungen finanzieller Art,
die augenblicklich mit Deutschland geschlossen werden, besonders
aber mit Rücksicht auf die Kreditbewilligung.

Zu dieser Note hat die deutsche Regierung die Entente
geradezu herausgefordert. Sie hat entgegen dem wieder-
holten Verlangen der rechtmäßigen lettischen Regierung und
der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die deutschen
Truppen nicht nur aus Kurland nicht zurückgezogen, sondern
durch stillschweigende Duldung es auch zugelassen, daß die
Armee des Generals von der Goltz durch Nachschub aus
der Heimat dauernd verstärkt wurde. Daß lettische Volk
wurde durch das Verbleiben der Landknechte, die jeder Furcht
und Mitleid los, ein wahres Räuberleben führten, an seiner

aufbauenden Arbeit gehindert, seine Felder wurden zerstört,
die Ernte geraubt, die Wohnungen demoliert und die Ein-
wohner selbst in jeder nur erdenklichen Weise drangaliert
und gepeinigt. Dem deutschen Volk aber kostete das
Abenteuer seiner Militaristen mehrere Milliarden Mark und
endet nun mit der verdienten Blamage. Diese fällt aber
nicht auf das Volk zurück, sondern auf seine Regierung,
die sich den militaristischen Abenteurern mit Haut und
Haaren verschrieben hat und erst durch ein Nachwort der
Entente dazu gezwungen werden muß, ein Unternehmen auf-
zugeben, welches eine von demokratischen Grundgedanken durch-
drungene Regierung nie unternommen hätte.

Hirsch auf der Spartakistenjagd.

In unserer Sonntagsausgabe haben wir die Bemerkungen
der „Kommunistischen Parteikorrespondenz“ zu den von der Re-
gierung und insbesondere von dem preussischen Ministerpräsi-
dent Hirsch verbreiteten Schauermärchen über die dunklen Pläne
der „Spartakisten“ wiedergegeben. Wir knüpften daran die Er-
wartung, daß Herr Hirsch seine Enthüllungen, die sich auf Spitzel-
berichte stützten, an derselben Stelle widerrufen würde, an der er
sie ausgesprochen hat. Herr Hirsch scheint unsere Erwartung nicht
erfüllen zu wollen. Er setzt vielmehr seine Spartakistenjagd fort,
indem er die Behauptung verbreiten läßt, daß die von ihm be-
kanntgegebenen Spitzelberichte echte kommunistische Dokumente
seien, die einem an der deutsch-böhmischen Grenze zufällig ver-
hafteten Kurier der Kommunisten abgenommen worden seien.

Dieser Spartakisten-Kurier des Herrn Hirsch hat eine ver-
wünschte Ähnlichkeit mit einem Manne namens Heile, der
in Haftung von der Gendarmerie verhaftet worden ist und bei dem
die Dokumente in Geheimchrift vorgefunden wurden, die Herrn
Hirsch das Grinsen vor Spartakus beigebracht haben. Dieser
Heile hatte einen Ausweis auf den Namen Ehard der Reserve
bei sich. Heile ist aus dem Gefängnis in Frankfurt a. O. aus-
gebrochen. Vorher war er Leutnant bei der Reichs-
wehr und noch früher Zentrumskrediteur. Wenn er
nicht verhaftet worden wäre, so wäre er sicher Generalsfeld-
marschall der Spartakusarmee geworden; immerhin aber hat er
es doch zum Spartakus-Kurier und zugleich zum Vertrauensmann
des Herrn Hirsch gebracht.

Wir empfehlen Herrn Hirsch dringend, sich in seiner Sparta-
kistenjagd eine Pause zu gönnen und sie zum Studium der Pro-
schärfe seines Freundes und Parteigenossen Eugen Ernst, des
zeitigen Polizeipräsidenten von Berlin, über „Polizeispitze-
leien und Ausnahmegerichte“ zu denhnen. Es kommt
darin manch schöne Stelle vor über die verfluchten Subjekte, die
sich der Spitzeltätigkeit hingeben, und treffende Worte werden
über die Leute gesagt, die sich der Produktion dieser Spitzel be-
dienen, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Selbst ein Hirsch
kennt diese Schrift noch mit Nutzen lesen.

Die machtlose Regierung.

Koblenz, 27. September.

Der parlamentarische Beirat des Reichskom-
missars besprach die machtlose Uebersehennung der besetzten
Gebiete mit Waren, die teilweise nicht lebensnotwendig oder reine
Luxusartikel sind. Die deutschen Behörden seien gegen
die vielen unerhörten Mißverhalte machtlos, weil
die ausländischen Händler und ihre Waren vor der Ratifikation
des Friedens durch deutsche Gerichte nicht zu fassen seien.

Mit immer neuen Ausreden sucht die Regierung ihre
vollkommene Untätigkeit gegen die Ausbeutung des
deutschen Volkes durch Wucherer und Lebensmittelspekulanten
zu verdecken. So müssen jetzt die „ausländischen“ Händler her-
halten. Darum aber gegen deutsche Schieber, die doch
den Hauptteil der in Deutschland tätigen Wucherergesellschaft
bilden, nichts unternommen wird, bleibt unerfindlich. Über-
dies ist es auch viel wichtiger, daß Militär und Sicherheits-
polizei gegen friedliche Arbeiter verhandelt wird, als
zur Unschädlichmachung jener Blutsauger.

Eine jämmerliche Komödie.

Wir denken bereits am Sonntagabend die heuchlerische Komödie
der Rechtssozialisten auf, die sie im Ausschusse der Nationalver-
sammlung mit ihrem Antrag auf Vertagung der Beratung des
Umschlagsteuergesetzes bis nach Erledigung der direkten Steuern
spielten. Als sie bemerkten, daß auch die bürgerlichen Parteien
ihre Zustimmung durchschaut hatten und ihnen dadurch die Annahme
ihres eigenen Antrages drohte, zogen sie ihn voller Ver-
schämung schleunigst zurück.

Wie der „Vorwärts“ nun mitteilt, werden die Rechtssozia-
listen ihrem schamvollen Betrug aller Arbeiterinteressen die
Krone aufsetzen und direkt für die Umschlagsteuer stimmen. In
genau der Weise sucht das Blatt dieses Eingeständnis durch scheu-
heilige Phrasen zu verdecken. Es weist auf die Erklärungen des Ab-
geordneten Krüger hin, daß die deutsche Volkswirtschaft durch die Um-
schlagsteuererhöhung schwer erschüttert werde, und daß dann der Arbeiter
allein für Wirtschaft und Verteidigung 80 v. H. seines gesamten Einkommens ausgeben
müsse. Die Rechtssozialisten vergessen dann leider nur, hieraus
die einzig mögliche Folgerung zu ziehen, nämlich die glatte
Ablehnung der Umschlagsteuer. Dafür wird wieder eine jämmer-
liche Komödie aufgeführt, indem erklärt wird: „Einen Antrag,
die notwendigen Lebensmittel von der Steuer zu befreien, werden
wir einbringen, die Vertagung muß ausgesprochen werden, sonst
können wir nicht dafür stimmen.“ — Mit diesem Jammerbroden,
daß gerade das zum Leben allernötigste von der Steuer ver-
schont lassen will, sucht man also der werktätigen Bevölkerung,
die man noch hat, Sand in die Augen zu streuen.

Der bewaffnete Kindergarten.

Während es der sozialistischen Jugend nicht gestattet ist,
im Reiche überhaupt eine öffentliche Versammlung abzuhalten, rückt
die deutschnationale Jugend mit Gewehren und
Handgranaten zu ihren Versammlungen an. Das ist die
allerneueste Errungenschaft, die wir gestern Abend feststellen
konnten. Die deutschnationale Jugend hatte nämlich am Nach-
mittag ein Sportfest in Schmaragdort. Abends fand die
Preisverteilung in der Philharmonie statt. Die jungen
Leute, die kaum ins Leben gerufen haben, zogen mit Gewehren
und Handgranaten bewaffnet nach der Philharmonie. Dieser
mehr als sonderbare Aufzug hat bei den Passanten ein seltsames Auf-
sehen erregt. Sie wandten sich an Petroullissen der neuen Siche-
heitswehr und baten diese, den jungen Leuten die Waffen
abzunehmen, da sie damit nur Unheil anrichten könnten. Die
Entscheidung wurde aber von der Sicherheitswehr abgelehnt, da
die Jünglinge auf diese Weise des Einwohnervorgewehr be-
setzen konnten, wonach sie zum Aufstand berechtigt sind.

Die Putschisten sperrten dann die Eingänge der Philharmonie
ab, angeblich um sich vor „spartakistischen“ Ueberfällen zu schützen.
Als der Feind ausblieb und die deutschnationale Jugend darauf
verzichten mußte, Helidenten zu vollbringen, entschloß man
sich, die Absperrung aufzugeben. Die Waffen, Gewehre, Militä-
rpatronen und Handgranaten nahmen die deutschnationale
Kinder mit nach Hause, um bei der nächsten Gelegenheit damit in
Aktion zu treten. Nur einem der Jünglinge erreichte auf dem Post-
damer Platz das Geschick. Ein Schußmann, der auf den sonderbaren
Träger von Handgranaten aufmerksam gemacht wurde, arretierte
diesen. Auf der Wache waren sämtliche Beamten entrichtet, daß
man sich einen Jungen eines scharf geladene Hand-
granats in die Hände gab.

Rum rumbert aus der Ueberfoll auf den Demons-
trationszug anlässlich des Jugendtages der freien soziali-
stischen Jugend nicht mehr. Fröhlich läßt sich was ein Meister wer-
den will. Was würden aber wohl die Ernst und Rostig dazu
sagen, wenn sich die freie sozialistische Jugend mit Waffen gegen
solche Ueberfälle schützen würde?

Rechtssozialistische Gefinnungstüchtigkeit.

In Braunschweig hatten sich bei den Stadt-
ratswahlen die Rechtssozialisten mit dem Bürger-
tum verbunden, um den verhassten Unabhängigen
Mandate und Stimmen abzugewinnen. Den „Erfolg“
dieser Koalition haben sie dann als „großen Sieg über die
Unabhängigen“ in die Weltposaunt, obwohl sie in Braun-
schweig kaum ein Drittel der für die Unabhängigen abge-
gebenen Stimmen auszubringen vermochten. Bei der am
gestrigen Sonntag stattgefundenen Stichwahl wurde die
Koalition neu aufgestellt. Bürgertum und Rechtssozia-
listen unterstützten sich gegenseitig, um den Unabhängigen
die Mandate streitig zu machen. Wie die Rechtssozialisten
diese Verbrüderung ihren Wählern geläufig zu machen ver-
suchen, mag aus folgendem Passus eines Wahlauszugs her-
vorgehen. Es heißt da:

Braunschweiger! Als die rote Horde ihr Unwesen trieb, als
man alle Nachmittel, dem brütendsten Feltungsraub bis zur
Wahlfälschung, anwandte, um eine Rätediktatur aufzu-
richten, habt ihr da nicht gehaut, was es heißt, wenn die politische
Ordnung irgendwelchen sich mit Gewalt dazu drängenden Leuten
überlassen wird? Und als damals, vor dem 9. November, bald
ein Herzog, bald ein preussischer oder mecklenburgischer Staat-
halter sich „Regent“ nannte, Parteigenossen. Kennt ihr euch
nicht der Verfolgungen und der Polizeischikane
erinnern, die ihr damals erdulden mußtet, so
fragt die Veteranen der Partei. Die wissen, was
Gottesgnadentum heißt!

Aber nicht nur aus Sozialdemokraten, jedem ehrlichen
Demokraten muß eine Härtenherrschaft ein
Greuel sein. Demokratische Kandidaten sind
es, für die auch wir Rechtssozialisten am
Sonntag eintreten wollen. Wir tun es, weil die
Demokratie die Republik in ihrem Programm zu sehen hat, weil
sie weiter gewillt ist, eine Sozialisierung in gewissem Maße zu
unterstützen.

Das ist in der Tat eine lobenswerte Gefinnung-
tüchtigkeit! Und diese Herrschaften wagen es noch, August
Bebel für sich zu beanspruchen, jenen Mann also, der im
Reichstag immer und immer wieder erklärte, daß er ein
Todfeind der Bourgeoisie sei und zeitlebens
den Gedanken propogierte, daß die Befreiung der Arbeiter-
klasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Die Fiumer Vorgänge vor dem amerikanischen Senat.

H. N. Haag, 28. September.

Aus Washington wird gemeldet: Die Debatte im
Senat war gestern hauptsächlich den Fiumer Ereignissen gewidmet.
Senator Hitchcock erklärte, daß der Zwischenfall von Fiume
niemals hätte stattfinden können, wenn der Friedensvertrag be-
reits ratifiziert wäre und der Wille der Welt sich bestanden hätte.
Diese revolutionäre Bewegung werde aber nicht die letzte sein,
es werden noch weitere folgen. Schließlich würde es noch so
kommen, daß gewisse Regierungen, die das Friedensabkommen
nicht unterzeichneten, verschwinden, ohne daß sie vorher in der Lage
gewesen wären, die Bedingungen des Vertrages durchzuführen.
Die Verantwortung für diese sehr ernste Möglichkeit ruhe dann
auf denjenigen, die die Verzögerung wünschten. Andere Redner
setzen in der Debatte der amerikanischen Marinesoldaten in Kran
einen Beweis für ihre Haltung, daß der amerikanische Senat in
dem europäischen Konflikt intervenieren müsse. Senator Borah
meinte, die Forderung von Fiume und später die Landung der
amerikanischen Soldaten an der dalmatischen Küste beweise, daß
die Vereinigten Staaten bereits in diesen euro-
päischen Konflikt verwickelt seien und daß der Balken
bund keineswegs instand wäre, den Nationalismus zu unter-
drücken. Mehrere Redner vertraten wieder die Ansicht, daß die
Landung amerikanischer Marinesoldaten in Dalmatien eine
Kriegshandlung der Vereinigten Staaten gegen Italien darstelle.
Schließlich faßte der Senat eine Resolution, in der das
Ratifikationsgesetz über die Landung in
Kran zu erlassen.

Die demokratischen Führer gegen eine dritte Kandidatur Wilson.

Amsterdam, 28. September.

Dem Pressureau Radio zufolge veräußert, daß die demo-
kratischen Führer auf einer Zusammenkunft in Atlantic City sich
gegen eine dritte Kandidatur Wilsons aus-
gesprochen haben.

Ablehnung eines deutschen Protests. Der Völkerrat hat be-
schlossen, den deutschen Protest gegen die Maßnahmen der belgi-
schen Behörden in Eupen und Malmedy abzulehnen.

Die Verhaftungsdreien für den Wiederaufbau haben bis
jetzt für die französischen Bergwerksbezirke und für das Gebiet
von Arras und Lille stattgefunden. Die deutschen Herren wurden
vor den französischen Behörden höflich und mit Entgegenkommen
behandelt. Die Arbeit wird nach den Eindrücken der Beteiligten
von großem Umfang und mit erheblichen technischen Schwierig-
keiten verknüpft sein.

Verzögerung des spanischen Hafenarbeiterstreiks. Die
Hafenarbeiter haben in Kopenhagen den Vermittlungsvorschlag
des Ministerpräsidenten mit großer Mehrheit angenommen, wo-
durch der seit vier Wochen dauernde Hafenarbeiterstreik beendet
ist. Die Hafenarbeiter nehmen am Montag die Arbeit wieder

